



**Rednitzhembach**

SPD Rednitzhembach · Pruppacher Weg 5  
91126 Rednitzhembach

Gemeinde Rednitzhembach  
Herrn Bürgermeister  
Jürgen Spahl  
Rathausplatz 1

91126 Rednitzhembach

Robert Gödel  
Fraktionssprecher  
Taunusstr. 9

91126 Rednitzhembach

Mail [robert.goedel@spd-rednitzhembach.de](mailto:robert.goedel@spd-rednitzhembach.de)

**Überarbeiteter Antrag der SPD-Fraktion:  
Nein zu TTIP!**

*Rednitzhembach, den 16.06.2014*

Sehr geehrter Herr Spahl,

der Gemeinderat möge folgende Resolution verabschieden:

Der Bürgermeister der Gemeinde Rednitzhembach möge:

- die ablehnende Haltung der Gemeinde Rednitzhembach und des Gemeinderates zum Freihandelsabkommens TTIP in der derzeitigen Form in den Bayerischen und den Deutschen Städtetag einbringen.
- im Namen der Gemeinde Rednitzhembach und des Gemeinderates die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Europäischen Parlament, im Bund und im Land aufzufordern, sich dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen über TTIP öffentlich geführt werden.
- die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auffordern, dass bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP dafür Sorge zu tragen ist, dass bestehende europäische Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards künftig nicht als „Investitionshemmnisse“ von einem Schiedsgericht ausgehebelt werden können.
- die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Europäischen Parlament, im Bund und im Land aufzufordern, dass eine Verabschiedung eines Freihandelsabkommen TTIP durch eine breite demokratische Mehrheit erfolgen kann und das Recht der Kommunen auf lokale Daseinsvorsorge nicht angetastet wird.

## **Begründung:**

Die Europäische Kommission verhandelt unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit den USA die *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP). Dieses sog. Freihandelsabkommen hätte einschneidende Auswirkungen auf die Bereiche Landwirtschaft und Ernährung, Verbraucherschutz, öffentliche Daseinsvorsorge, Bildung, Gesundheit, Energie und Verkehr. Eine Bedrohung für die Demokratie wären die nicht öffentlich tagenden, nicht demokratisch legitimierten Schiedsgerichte, bei denen Konzerne die Staaten der EU auf Milliardenzahlungen wegen entgangener Gewinne verklagen können, wenn nationale oder europäische Gesetze und Verordnungen mit dem Abkommen nicht übereinstimmen. Rechtsmittel wären nicht zulässig. Der Steuerzahler würde für die Kosten aufkommen müssen.

Auch die Kommunen sind durch TTIP massiv betroffen. So stehen die kommunalen Dienstleistungssektoren, die Daseinsvorsorge (Wasser, Abwasser) und das öffentliche Beschaffungswesen (in den USA schon weitgehend privatisiert) im Fokus der Verhandlungen. Das TTIP-Abkommen geht im Dienstleistungssektor über alle bisherigen bilateralen und multilateralen Abkommen hinaus.

Nur ein Beispiel, dass aufzeigen soll, dass eine direkte Betroffenheit der Gemeinde Rednitzhembach gegeben ist:

Bei einer Verabschiedung des Freihandelsabkommen in der derzeitigen Fassung ist nicht auszuschließen, dass die Gemeinde z. B. von Monsanto wegen des Beschlusses, gemeindliche landwirtschaftliche Flächen gentechnikfrei zu bewirtschaften, wegen entgangener Gewinne von einem privaten Schiedsgericht auf Schadensersatz verklagt werden könnte.

Mit einer Verabschiedung dieser Resolution soll, wie bereits in vielen Kommunen geschehen, das an der Basis bei den Bürgerinnen und Bürgern vorhandene Unverständnis für ein Abkommen in dieser Form zum Ausdruck gebracht werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Robert Gödel  
Fraktionssprecher SPD